

SPD-Ortsverein Laatzen

Antrag

Die SPD-Fraktion in der Regionsversammlung Hannover möge wie folgt beschließen:

"Der Verwaltungsentwurf zum Regionalen Raumordnungsprogramm 2005, Abschnitt D.3.5.05., (Seite 29 der Beschreibenden Darstellung) wird wie folgt geändert:
Die Vorrangfläche für die Nutzung der Windenergie im Bereich der Stadt Laatzen, Gebiet Meerberg, wird nicht erweitert."

Begründung

1.

Im Sinne eines gerechten Lastenausgleichs zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Region sollte die nötige Vergrößerung der Vorrangfläche in der Region nicht durch eine Erweiterung bereits bestehender Flächen, sondern durch Ausweisung einer neuen Fläche mit einem größeren Abstand zu Siedlungsgebieten erreicht werden.

2.

Die Stadt Laatzen – als die Umland-Kommune in der Region mit der kleinsten Fläche und der höchsten Bevölkerungsdichte – bereits jetzt trägt unbestritten einen großen Anteil dieser Lastenverteilung. Gerade der Bereich südlich von Ingeln ist einer der wenigen in unserer Stadt, in dem langfristig überhaupt noch Stadtentwicklung möglich ist.

3.

Die Ausweisung von Erweiterungsflächen, die nicht unmittelbar an bestehende Flächen grenzen, unterliegt zur Zeit einem Rechtsstreit. Die EU-Richtlinie 97/11/EG verlangt für diese Fälle eine eigene Umweltverträglichkeitsprüfung, während die deutsche Gesetzgebung im UVPG dieses nicht vorsieht. Die Umsetzung dieser Rechtsnorm durch die Bundesrepublik ist daher mangelhaft; diesbezügliche Beschwerden werden zur Zeit von der Europäischen Kommission bearbeitet. Es ist höchst wahrscheinlich, dass die Bundesrepublik Deutschland deshalb ihre Rechtsnorm ändern müssen. Die SPD-Fraktion in der Regionsversammlung sollte die geltende EU-Norm, die die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern im Umweltschutz in besonderer Weise stärkt, anerkennen.

Ernesto Nebot Pomar
1. Vorsitzender

Wilhelm Hauff Str. 63
30880 Laatzen

☎ Privat 05 102 / 890737
☎ Fax 05 108 /69481700
☎ Mobil 01 77 / 2010213
E-mail Ernesto.nebot@rkk-gehrden.de